

**„Für das Schloss gibt die Stadt keinen Cent aus !“**

**oder:**

***Die unheilige Allianz des Braunschweiger Oberbürgermeisters Dr. Hoffmann und der Braunschweiger Zeitung***

**- Ein Schauspiel in sieben Akten -**

**Teil 1 Das Schauspiel**

**Teil 2 Dokumente und Quellen**

*„Ihnen wird es nicht gelingen,  
auch nur eine Aussage zu finden,  
die ich nach der Wahl  
nicht eingehalten habe.“*

*Dr. Hoffmann am 19.12.2006*

## Geleitwort

*Worum handelt es sich bei dem vorliegenden Schauspiel?  
Um eine Komödie, eine Tragödie, ein Gaunerstück?*

*Das mögen Sie, lieber Leser, selber entscheiden. Jedenfalls handelt es sich dabei keinesfalls um etwas Ausgedachtes, sondern um etwas, das in den letzten Monaten tatsächlich in Braunschweig geschehen ist.*

*Wir haben uns bemüht, der Wahrheit die Ehre zu geben. Aber natürlich können auch wir uns irren. Deshalb haben wir sicherheits- halber den Herrn Oberbürgermeister angeschrieben, um ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ein Gebot der Fairness, schließlich wollen wir nichts Falsches über ihn verbreiten. Auf unser Schreiben vom 5. Januar ließ er uns von einem Herrn Jäger antworten, er wolle dazu nichts sagen, er habe sich bereits im Dezember „ausführlichst und abschließend“ geäußert.*

*Desgleichen haben wir Herrn Raue als Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung in einem Schreiben vom 18. Januar gebeten, die wesentlichen Tatsachen zu veröffentlichen und so dafür zu sorgen, dass die Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger nicht länger getäuscht werden. Bis heute ( 12. Februar ) hat er sich nicht gerührt. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Dieser „Schriftverkehr“ ist im Anhang dokumentiert..*

*Im „Handbuch des Journalismus“ wird zutreffend festgestellt, dass viele Lokalredaktionen „berüchtigt sind .. für ihr Schweigen, das nicht selten Kungeleien und heimliche Pakte mit den Eliten verschleiern soll.“ Zustimmend wird Dieter Golombek zitiert, der allgemein im Lokaljournalismus „zuwenig Recherche, zuviel Hofberichterstattung“ sieht. Dagegen wird gefordert, die Redakteure müssten „den Mächtigen auf die Finger schauen“. Weiter: „Sie bringen unverzüglich alle, wirklich alle Nachrichten, die ihre Leser erwarten...“*

*Das „Handbuch des Journalismus“ wurde von Herrn Raue zusammen mit Wolf Schneider verfasst. Die im vorliegenden Schauspiel dargelegten Vorgänge sprechen dafür, dass es mehr Möglichkeiten gibt als nur die eine, dass der Bock zum Gärtner gemacht wird...*

*P.S.:*

*Wir grüßen diejenigen Redakteure der Braunschweiger Zeitung, die den vorherrschenden Kurs nicht unterstützen oder sich ihm gar verweigern. Es gibt sie, nur leider bestimmen bis heute andere die Richtung.*

**„Für das Schloss gibt die Stadt keinen Cent aus !“  
oder: Die unheilige Allianz des Braunschweiger Oberbürgermeisters  
Dr. Hoffmann und der Braunschweiger Zeitung**

**- Ein Schauspiel in sieben Akten -**

**>Vorspiel<**

Das Projekt „Schlossarkaden“ war und ist umstritten. Um es überhaupt durchsetzen zu können, waren für den Oberbürgermeister vor allem zwei Argumente wichtig: erstens bekämen die Braunschweiger ihr altes Schloss zurück und zweitens bekämen sie es von ECE geschenkt. Nicht wenige haben beides ernst genommen und Hoffmann geglaubt. Und er wurde auch im Wahlkampf nicht müde, seine Argumente zu wiederholen. Zuletzt am 1. September 2006, also neun Tage vor der Wahl, im Gespräch mit BZ-Leserin Sigrid Pfeiffer (44 - alle folgenden Zitate aus: Braunschweiger Zeitung vom 1. September 2006):

**Pfeiffer:** Bei allem Respekt ... finde ich doch, dass wegen der Großprojekte viele kleine Sachen vernachlässigt wurden.

**Hoffmann:** Woran denken Sie?

**Pfeiffer:** Zum Beispiel das Schloss ...

**Hoffmann:** Für das Schloss gibt die Stadt keinen Cent aus. Das ist kein Projekt, das kleineren im Weg steht.

Das Problem war nur: Hoffmann hatte längst den Auftrag an ein Berliner Architektenbüro vergeben lassen, Pläne für den Innenausbau der von ECE angemieteten Räume zu erstellen. Die „neue braunschweiger“ meldet, das sei schon im Frühjahr erfolgt; Baudezernent Zwafelink dagegen nennt den 4. August als Termin des ersten Auftrags. Sei´s drum, jedenfalls hat Hoffmann ihn schon Wochen vor der Wahl vergeben. Dass es die Architektenleistung nicht zum Nulltarif geben würde, war ihm klar. Zwafelink beziffert die Kosten mit insgesamt stolzen 133.400 Euro! Die „Keinen Cent“-Aussage gegenüber Leserin Pfeiffer war also schon mal nicht wirklich ehrlich. Aber da es zur Vergabe des Auftrags keines Ratsbeschlusses bedurfte, ließ sich die Sache leicht bis nach der Wahl unter Verschluss halten. Keine Chance für Frau Pfeiffer!

Aber es war klar: nach der Wahl sollten die Pläne dann auch – ganz oder teilweise – umgesetzt werden. Und dann würde herauskommen, dass nicht nur für den Architekten, sondern vor allem für den Innenausbau des Mietobjekts noch ganz viele „Cents“ ausgegeben werden sollen. Das war das Problem. Und Hoffmann wusste:

**Diese Problem lässt sich nicht ohne die BZ lösen!**

Und das Schauspiel konnte (und musste) beginnen:

## **>Erster Akt<**

Die BZ beginnt mit einem Paukenschlag, mit einem jener Meisterwerke, die schlicht ohne Beispiel sind. Am 6. Oktober, also ziemlich genau vier Wochen nach der Wahl (soviel Zeit muss sein), erscheint der Artikel „Es soll so prächtig werden wie zu Herzogs Zeiten“, selber „prächtig“ mit vier Großfotos aus seligen Zeiten bebildert. Redakteur Jonscher schreibt (Text nicht verändert, Hervorhebungen durch uns):

„Es wird überlegt, weitere Millionen in den Innenausbau des Schlosse zu stecken... Credit Suisse und ECE wollen der Stadt die Mieträume nur ausgesprochen schlicht gestaltet übergeben. Es fehlt selbst an Klimaanlage und warmem Wasser...“

Und: „Es wird hinterfragt, ob eine solche Sparversion ... angemessen sei.“

Und: „Es gibt Diskussionen um Nachbesserungen...“

Ja, fragt sich der Leser, wer überlegt und hinterfragt und wer diskutiert mit wem? Keine Antwort. Statt dessen fährt Jonscher fort:

„Gefordert wird eine „schlossähnliche, opulente Anmutung“...“

Nun sogar ein wörtliches Zitat, von wem stammt es? Man sucht nach Roß und Reiter, wie die Niedersachsen gerne sagen. Allein, um es kurz zu machen: gerade darin liegt die Meisterschaft des Redakteurs, dass er viel weiß, aber nicht alles sagt. Daher die Diskretion während Passivform. Daher das Drehen und Winden („Die Räume, heißt es, müssten so aussehen...“ / „Die Räume ... gefallen nicht“ / „Es soll so prächtig werden...“ / „Sponsoren und Stiftungen sollen das edlere Ambiente finanzieren“ usw.). Möglicherweise ist dem Meister dabei selber ganz übel geworden. Aber er hält durch: nicht ein einziges Subjekt rutscht ihm aus der Feder. Weder der Name Hoffman noch irgend ein anderer Name fällt. Also ein Phantom des „Schlosses“? Oder eine Geisterdiskussion?

Der Plan ist nun in der veröffentlichten Welt, gut. Aber vielleicht sind die Bürger nun ein wenig desorientiert und verunsichert; da hat es eine unbekannte Macht anscheinend auf ihr Geld abgesehen. Keine Frage, da muss schnell der zweite Akt her.

## **>Zweiter Akt<**

Er folgt prompt, mit einem Artikel gleich am folgenden Tag, dem 7. Oktober. Zunächst wird dem Bürger im Zusammenhang der Ausbaupläne eine schöne Aussichtsplattform auf dem „Schloss“ verheißen (er hat also auch etwas davon). Dann wird die erste Beruhigungspille verabreicht.

Die Stiftungen „Braunschweigischer Kulturbesitz“, „NordLB – Öffentliche“ und „Borek“ erklären, dass sie 1.600.000 Euro für die Innenausstattung des „Schlosses“ geben wollen. Offenbar sind sie schon länger in die entsprechenden Pläne eingeweiht und haben auch den dafür erforderlichen längeren Meinungsbildungsprozess hinter sich gebracht; denn sie können natürlich solche weitreichenden Entscheidungen nicht auf den BZ-Artikel des vorangegangenen Tages hin übers Knie gebrochen haben, immerhin geht es bei den beiden erst- genannten Stiftungen um öffentliches Eigentum. Nun erfährt der Leser auch, dass der Architekt Stuhlemmer bereits Pläne erarbeitet habe. Da wäre es schon schön gewesen, die Sache dann auch öffentlich zu erörtern. Und der Präsident der Stiftung „Braunschweigischer Kulturbesitz“ hätte ja eigentlich eine besondere Verantwortung – schließlich ist er im Hauptberuf OB und heißt Hoffmann.

Natürlich erfährt man das nicht aus dem BZ-Artikel. Der OB erscheint vielmehr wie ein glückliches Kind nach der Bescherung: „Oberbürgermeister Hoffmann freut sich deshalb, dass die drei Stiftungen einspringen.“ **Zwar macht er noch eine vage Andeutung, dass vielleicht doch städtische Mittel ... Aber dann gleich wieder als zweite Beruhigungsspiel: das könnten auf keinen Fall Millionen sein.**

In der nächsten Ausgabe der BZ (9. Oktober) wird das Thema weiter verfolgt, „Wieviel Stuck braucht das Schloss?“ lautet die Umfrage des Tages. Eine Bürgerin und ein bayrischer Besucher treten für den geplanten Innenausbau ein, drei weitere Bürger sind ganz dagegen, ein vierter begrüßt das Engagement der Stiftungen, ist aber dagegen, städtische Mittel einzusetzen. Ein sehr differenziertes Bild also, das geradezu einlädt, die Frage weiter zu diskutieren.

### *>Dritter Akt<*

Auch stellen sich nun dem interessierten Leser viele Fragen:

Ist es möglich, dass der OB so stümperhaft verhandelt hat, dass er für 1,2 Millionen pro Jahr Räume ohne warmes Wasser und Klimaanlage anmietet, und das gleich für dreißig Jahre? Was steht im Vertrag?

Wer hat den Berliner Architekten Stuhlemmer beauftragt, Pläne zu erarbeiten? Wann erging der Auftrag? Wer bezahlt die Pläne?

Wenn die Stiftungen die Pläne bereits kennen, warum nicht die Bürger? Was sehen die Pläne konkret vor?

Warum hat der OB den Wahlkampf nicht genutzt, um den Bürgern sein Vorhaben offen zu legen und sie davon zu überzeugen?

Engagierter Journalismus würde nun gründlich recherchieren, dem OB und den Stiftungen kritische Fragen stellen; verschiedene Meinungen von Fachleuten einholen und veröffentlichen; ein Forum bieten für die Frage: „Sollen öffentliche Mittel für den Innenausbau eingesetzt werden?“

Das wäre im Interesse des Lesers. Nicht unbedingt im Interesse des OB.

Das Verhalten der Braunschweiger Zeitung spricht für sich:

**Vier Wochen lang – die BZ schweigt!**

Sie schweigt sogar etwas tot: kurzfristig werden für den 30. Oktober die Fraktionen des alten Rates zur Besichtigung der Räumlichkeiten im „Schloss“ eingeladen, also die neu gewählte BIBS nicht. Der alte Rat kann aber nichts mehr entscheiden, SPD und Grüne lehnen daher ein Erscheinen ab, es gibt richtig Ärger – aber die BZ schweigt eisern, obwohl sogar in der „neuen braunschweiger“ vom 29. Oktober berichtet wurde.

### *>Vierter Akt<*

„Das Schloss soll von innen schöner werden, als das bislang vorgesehen ist.“ leitet Redakteur Meyer seinen Artikel vom 4. November ein. Zur Animation ein großflächiges Bild des Stuhlemmer-Entwurfs. Von der CDU gehe die Initiative aus. Wofür? Für „außerplanmäßige städtische Investitionen“. Aber eigentlich sei Ausgangspunkt die Initiative der Stiftungen.

Aber Herr Hoffmann hatte doch versprochen, keinen Cent Steuermittel in das „Schloss“ zu stecken?

Dazu Hoffmann: „Wir haben eine neue Situation. Ohne unsere großen Steuermehreinnahmen wäre das sicher nicht diskutiert worden.“

Dazu hatte Hoffmann am Vortag eigens eine Presseerklärung herausgeben lassen (Pressestelle Stadt Braunschweig, 3. November):

„16 Millionen Euro Gewerbesteuer mehr als erwartet“

Die BZ übernimmt den Wortlaut zum großen Teil wortwörtlich, den Rest nur wenig redaktionell überarbeitet, und platziert das Ganze direkt neben dem Artikel, in dem Hoffmanns Argument zitiert wird. Darunter dann noch der kleine Artikel „Land zahlt Zuschlag für Hartz IV“. Zufall? Oder soll der Gedanke „Da kommt’s doch auf die eine Million auch nicht an!“ nahe gelegt werden?

Allerdings hat Hoffmann auch mit diesem Argument ein Problem: mehr als zwei Monate zuvor hatte er selbst auf die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer hingewiesen. Am 30. August schon hatte die Stadt in einer Pressemitteilung die gestiegenen Einnahmen im laufenden Jahr bekannt gemacht und ergänzend folgende Ausführungen Hoffmanns wiedergegeben:

„Er rechne damit, dass dies in diesem Jahr zu einem höheren Haushaltsüberschuss als geplant führen werde. In der Finanzplanung der nächsten fünf Jahre sei mit noch höheren Überschüssen zu rechnen...“

Wie so oft, hatte die BZ auch diese Pressemitteilung zum großen Teil wortwörtlich übernommen, wie immer am folgenden Tag (BZ, 31. August). Hoffmann war diese Lage also sehr wohl bewusst, als er Leserin Pfeiffer das „Keinen Cent“-

Versprechen gab.- Aber auch Redakteur Meyer ist dies bewusst und trotzdem lässt er Hoffmanns Aussage ungerührt und nicht hinterfragt stehen.

Ganz anders geht er aber mit der Presseerklärung der Ratsfraktion der SPD (ebenfalls vom 3. November) um; im schon genannten Artikel vom 4. November

wird zwar deren Position zum Teil wiedergegeben, aber der gesamte argumentative Teil wird „gestrichen“. Auch wird dem Leser vorenthalten, dass die SPD auch die Verwendung der Stiftungsgelder für den „Schloss“- Innenausbau kritisch sieht, da dies auf Kosten sozialer und anderer Zwecke gehen könnte.

Bleibt zu ergänzen, dass Hoffmann noch das Problem hat, dass die FDP-Fraktion (noch) nicht mitziehen mag (Fraktionschef Kreßner: „Wir halten das für sehr kritisch. Wenn wir städtisches Geld hineingeben, verlassen wir den eingeschlagenen Kurs.“(BZ, 4.11.). Aber noch ist der siebente Akt nicht erreicht.

## >Fünfter Akt<

Nun verordnen die Verantwortlichen der Redaktion der Braunschweiger Öffentlichkeit erst einmal wieder

### zwei Wochen lang – Schweigen

Erst am 18. November wird das Thema wieder aufgegriffen. Ganz am Ende eines Artikels über die Pflasterung vor den Schloss-Arkaden wird mit 16 Zeilen auf den umstrittenen Innenausbau eingegangen. Die Grünen – Ratsfraktion hatte am 16. November eine Presseerklärung und einen Offenen Brief an OB Hoffmann veröffentlicht, in dem 11 detaillierte Fragen zum „ECE-Innenausbau“ gestellt werden. Neben diesen sehr konkreten Anfragen wird auch gegen den Innenausbau mit Steuergeldern argumentiert, außerdem wird das gesamte Vorgehen Hoffmanns in dieser Angelegenheit inhaltlich kritisiert. Die Leser der BZ erfahren davon nichts, lediglich eine Forderung nach Aufklärung wird in drei Zeilen genannt.

Hoffmann wiederum wäscht seine Hände in Unschuld:

„Dafür gebe es keinen Anlass, konterte Hoffmann gestern. Denn bisher liege gar kein diesbezüglicher Ausbauantrag seitens des Rates vor. Und auch die Verwaltung werde keinen Vorschlag machen.“ (BZ,18.11.)

Also hat er den 133.400 Euro – Auftrag nur zum Spaß vergeben lassen? Um eine kreative Tapete für sein Büro zu bekommen? Natürlich muss er Fragen nach dem Zeitpunkt des Auftrags, nach den Kosten usw. beantworten lassen, und dies geschieht auch durch ein Schreiben des Baudezernenten Zwafelink vom 27. November (siehe Dokumentationsteil, Abschnitt „Vorspiel“). Nur – die Leser der BZ erfahren nichts davon! Statt dessen lässt der Redakteur der BZ die Äußerung Hoffmanns einfach stehen, obwohl der Offene Brief der Grünen der Redaktion ebenso bekannt ist wie die Tatsache, dass Hoffmann den Architektenauftrag vergeben ließ.

## >Zwischenspiel<

Hoffmann spielt Verstecken und wartet offensichtlich erst einmal darauf, dass die FDP-Fraktion umfällt (besser: zum Fallen gebracht wird). Aber auch dann ist seine Lage wenig komfortabel. Denn CDU und FDP haben auch zusammen keine Mehrheit. Für eine Mehrheit wäre seine Stimme erforderlich - und da ist dann das Problem mit der „Kein Cent“-Aussage. Was also tun?

**Am 27. November interviewt Redakteur Meyer den Finanzexperten der SPD, Pesditschek. Gegen Ende des Gesprächs lotet Meyer aus:**

„Knackpunkt könnte aber der ... historisch-anmutende Schloss-Innenausbau werden. Ist es mit der SPD möglich, städtisches Geld da reinzustecken?“ (Original Meyer, wirklich so formuliert)

**Pesditschek;** „Man soll nie nie sagen, aber im Moment sehe ich das nicht. Der Oberbürgermeister hat immer betont: Kein Cent der Stadt geht in die Schlossfassade und den funktionalen Trakt dahinter. Dabei sollte es bleiben. Es gibt wichtigere Aufgaben für die Stadt.“

**Eigentlich eine klare Aussage, sollte man meinen.**

**Zwei Tage später veröffentlicht Meyer den Artikel**

**„Kompromiss bei Schlossinnenausbau mit der SPD bahnt sich an“ (BZ, 29. November)**

**Und er beginnt den Artikel mit dem nun schon klassischen Satz: „Das Schloss soll innen schöner werden, als es die Pläne bislang vorsehen.“ (siehe vierter Akt). Zunächst wird vom Umfall der FDP berichtet, dann:**

„Ein Kompromiss ist überraschend jetzt auch mit der SPD denkbar. Denn die Sozialdemokraten wollen nach BZ-Informationen ebenfalls am 19. Dezember „, einen eigenen Antrag einbringen.“

**Ein Deal – Zustimmung der SPD zum Innenausbau gegen Zustimmung von CDU und FDP zur Wiedereröffnung des Freizeit- und Bildungszentrums(FBZ) - sei nun denkbar. Damit könne in dieser Frage so etwas wie eine „große Koalition“ zustande kommen. Aber was ist mit den Aussagen von Pesditschek?**

**Dazu Meyer:** „Man soll nie nie sagen“, hatte SPD – Finanzexperte Manfred Pesditschek auf die Frage zur Zustimmung zum Haushalt gesagt.“

**Aha! War da nicht noch etwas?**

**Dann noch ein Wort vom „Finanzexperten“ Meyer;**

„Aufgrund der guten Haushaltssituation ist das Ansinnen der SPD realistisch.“

**Die Begeisterung in der Redaktion ist so groß, dass schon drei Tage später, am 2. Dezember, größere Umzugsbewegungen „geplant“ werden: wenn die SPD – Wünsche hinsichtlich des FBZ realisiert würden, könnte ein für diesen Standort anvisiertes Luxushotel ja gegenüber der Stadthalle angesiedelt werden, im früheren Marstall der Husaren.**

**Aber ach! Schon wenige Tage später muss der sich angeblich anbahnende Kompromiss von Meyer selbst als „Spekulation“ bezeichnet werden. Und: „Diese Überlegungen erhielten einen Dämpfer.“ (BZ, 8. Dezember)**

**Am 14. Dezember dann muss der endgültige Rückzug angetreten werden:**



**„SPD-Ratsfraktion gegen Innenausbau nach altem Vorbild“. Redakteur Zauner wirkt regelrecht beleidigt, wenn er einleitet:**

„SPD-Finanzfachmann .. Pesditschek hatte in einem Interview mit unserer Zeitung die Zustimmung zum Schlossinnenausbau .. nicht ausschließen wollen („man soll nie nie sagen“; 27. November). Nun hat sich die SPD-Fraktion eindeutig gegen die Investition von 1,2 Millionen städtischer Mittel ... ausgesprochen.“

## **>Sechster Akt<**

**Der OB arbeitet an seinem Glaubwürdigkeitsproblem. Man sieht ihn vor sich, wie er, sich die Haare raufend, in seinem Büro hin und her rennt und mit sich ringt. Soll er seine Stimme für 1,2 Millionen Euro städtischer Mittel geben oder soll er sich an das halten, was er vor der Wahl versprochen hat? Damit die Bürgerinnen und Bürger ihn nicht leichtfertig als Lügner abtun, gibt er wieder eine Pressemitteilung heraus, in der er seine „Zerrissenheit“ offenbart (Pressemitteilung der Stadt Braunschweig vom 4. Dezember).**

**Und die Redaktion der BZ? Ja, wieder am folgenden Tag, also am 5. Dezember, veröffentlicht sie das Ganze völlig unverändert. (Nebenbei bemerkt, ist dies nun endgültig ein kräftiger Verstoß gegen den Kodex des Deutschen Presserats (Ziffer 1, Richtlinie 1.3).) Sogar den in der Pressemitteilung enthaltenen Grammatik – Fehler übernimmt man („kommt von oben, wird schon stimmen“).**

**Der OB beginnt in seiner Erklärung nun aber doch, sich deutlich vom Pfad der Tugend zu entfernen:**

- 1. Seine Zusage, keine öffentlichen Mittel ins „Schloss“ stecken zu wollen, sei „zu einem Zeitpunkt geschehen, als die Stadt überschuldet gewesen sei und ein großes Sparpaket auf den Weg gebracht worden war“.**
- 2. Nun aber ließe die verbesserte Haushaltssituation „ganz andere Spielräume und Entscheidungen“ zu.**

**Wir haben schon dargelegt, dass dies nicht der Realität des Sommer 2006 entspricht. Wir wollen hier zum Beweis noch zwei Belege ergänzen:**

**In seiner schon zitierten Pressemitteilung vom 30. August wird über Gewerbesteuerermehreinnahmen in 2006 berichtet, dann wird OB Hoffmann wiedergegeben:**

„Er rechne damit, dass dies in diesem Jahr zu einem höheren Haushaltsüberschuss als geplant führen werde. In der Finanzplanung der nächsten fünf Jahre sei mit noch höheren Zuschüssen zu rechnen ...“

**Aber: Er sei der Meinung, „dass ... vom strikten Sparkurs nicht abgewichen werden dürfe ... „**

**Und auch in der BZ vom 1. September wiederholt er diese Aussage:**

**Leserin Simone Werner (32):**

„Planen Sie mit den unerwartet höheren Gewerbesteuern einen weiteren Schuldenabbau, oder ist es nicht sinnvoll, damit auch Investitionen zu betreiben?“

**OB Hoffmann antwortet:**

„Beides. Wir haben ohnehin die Überschüsse auch in den nächsten Jahren für Investitionen in Schulen und Kindergärten verplant. Was wir dann noch übrig haben, sollten wir nutzen, um Stück für Stück weiter die Schulden abzutragen.“

## **>Siebenter Akt<**

**In der BZ-Ausgabe vom 16. Dezember ist es soweit. Zwei Tage vorher haben die Sozialdemokraten endgültig erklärt, den Deal mit dem FBZ nicht mitmachen zu wollen; darüber hinaus werfen sie dem OB Wortbruch vor und stellen zu Recht die Frage, ob der OB vielleicht auch bei der Entscheidung für den Umzug der Kultureinrichtungen „nicht mit offenen Karten“ gespielt haben könnte.**

**Der OB muss nun aus der Deckung hervortreten. Natürlich will er viel Geld in den schlossähnlich anmutenden Innenausbau stecken, aus diesem Grund hat er ja schließlich die Pläne bei Architekt Stuhlemmer in Auftrag geben lassen und teuer bezahlt.**

**Er tritt hervor und erklärt, dass er dem „historischen“ Innenausbau zustimmen werde. Und verwickelt sich bei der ultimativen Rechtfertigung in Widersprüche:**

- 1. Seine „Kein Cent“-Aussage habe sich immer nur auf die äußere Rekonstruktion bezogen, also die Fassade. Frau Pfeiffer und allen andern Lesern und Bürgern muss es in den Ohren klingeln! Zudem hatte der OB selber noch in seiner Pressemitteilung vom 4. Dezember, also nur 12 Tage vorher, schreiben lassen: „Auf der einen Seite habe er sich eigentlich festgelegt, dass in die Rekonstruktion des Schlosses keine öffentlichen Mittel hineingesteckt werden sollen.“ **Keine Unterscheidung zwischen innen und außen!****
- 2. Außerdem habe er die Aussage** „im April 2005 gemacht. Der aufwändigere Ausbau des Kulturbereichs sei aber erst seit diesem Sommer in der Debatte...“ **Wir wissen: die Aussage wurde zuletzt am 1. September wiederholt. Außerdem: zwar hat der OB bereits im Sommer den Architektenauftrag erteilen lassen, darüber diskutiert werden konnte öffentlich aber erst nach dem 6. Oktober, und zwar aus einem einzigen Grund: Hoffmann hatte seine Absicht vorher der Öffentlichkeit verschwiegen.**
- 3. Der Innenausbau sei seit dem Zeitpunkt in der Debatte, „als die überzeugenden Planungen von Berliner Architekten für den Innenausbau bekannt geworden seien.“ Hier tut Hoffmann so, als wären die Architektenpläne vom Himmel gefallen und nicht von ihm selber veranlasst und mit Steuergeldern bezahlt worden. (Ein wenig fühlt man sich an die Passivpassion des Redakteurs Jonscher aus dem ersten Akt erinnert, insofern schließt sich hier der Kreis.)**

**Es ist fast müßig zu fragen, wie die BZ mit dieser ultimativen Rechtfertigung**

**umgeht. Sie wirkt als nun schon ziemlich blechern klingendes Sprachrohr. Sie stellt nichts richtig, sie stellt keine Fragen. Zitieren statt Recherchieren! Als Feigenblatt der Ausgewogenheit werden noch flugs zwei kritische Zitate von Grünen und Linken ans Ende geklebt, fertig.**

**Am 19. Dezember beschließen Herr Hoffmann, CDU und FDP mit einer Stimme Mehrheit, in das Mietobjekt „Schloss“ 1,2 Millionen Euro zu „investieren“. Hoffmann ruft seinen Kritikern zu: „Ihnen wird es nicht gelingen, auch nur eine Aussage zu finden, die ich nach der Wahl nicht eingehalten habe.“ (BZ, 20.12.)**

**Nun ja, jedenfalls wird die Braunschweiger Zeitung ihn nicht in die Verlegenheit bringen, den entsprechenden Nachweis zu drucken. Leider.**

## **Teil 2: Dokumente und Quellen**

### **Vorbemerkung**

Aus urheberrechtlichen Gründen dürfen wir hier die Artikel aus der Braunschweiger Zeitung nicht abdrucken. Schade, es würde Ihnen nämlich die Überprüfung unserer Darstellung vereinfachen. Aber wir möchten nicht gern mit Strafgehdern bedroht werden, wie es andern Initiativen schon passiert ist. So gibt es nun drei Möglichkeiten: 1. als BZ-Abonnement können Sie unter „www.newsclick.de“ sämtliche Artikel selber abrufen, 2. Sie können bei uns die kopierten Artikel einsehen (12 Seiten), 3. Sie können im Stadtarchiv nachschauen (oder bei einem sammelwütigen Nachbarn?). Pressemitteilungen der Stadt oder der SPD lassen sich leicht im Internet finden. Im Folgenden die Quellenangaben nach „Akten“ geordnet:

<b>Vorspiel</b>	<b>Braunschweiger Zeitung vom 1. September 2006 Brief Stadtbaurat Zwafelink vom 27. November 2006</b>
<b>Erster Akt</b>	<b>Braunschweiger Zeitung vom 6. Oktober 2006</b>
<b>Zweiter Akt</b>	<b>Braunschweiger Zeitung vom 7. Oktober 2006 Braunschweiger Zeitung vom 8. Oktober 2006</b>
<b>Dritter Akt</b>	<b>neue braunschweiger vom 29. Oktober 2006</b>
<b>Vierter Akt</b>	<b>Braunschweiger Zeitung vom 4. November 2006 Presseerklärung der SPD-Ratsfraktion, 3.11.2006 Pressemitteilung der Stadt Braunschweig, 3.11.2006 Pressemitteilung der Stadt Braunschweig, 30.08.2006 Braunschweiger Zeitung vom 31. August 2006</b>
<b>Fünfter Akt</b>	<b>Braunschweiger Zeitung vom 18. November 2006 Offener Brief der Ratsfraktion der Grünen, 16.11.2006.</b>
<b>Zwischenspiel</b>	<b>Braunschweiger Zeitung vom 27. November 2006 Braunschweiger Zeitung vom 29. November 2006 Braunschweiger Zeitung vom 2. Dezember 2006 Braunschweiger Zeitung vom 8. Dezember 2006 Braunschweiger Zeitung vom 14. Dezember 2006</b>
<b>Sechster Akt</b>	<b>Pressemitteilung der Stadt Braunschweig, 4.12.2006 Braunschweiger Zeitung vom 5. Dezember 2006</b>
<b>Siebenter Akt</b>	<b>Braunschweiger Zeitung vom 16. Dezember 2006 Braunschweiger Zeitung vom 20. Dezember 2006</b>